

Was haben wir zu erwarten? Was können wir tun?

Innovationen, Strukturwandel, gesellschaftliche Entwicklungen, globaler Wettbewerb, Vormachtstreben der Wirtschaftsblöcke im Zeichen der Pandemie

Die seit Monaten andauernde Berichterstattung über immer neue länderspezifische Infektionsherde, Todesfälle, Genesene und ergriffene Maßnahmen zur Eindämmung einer unkontrollierten Ausbreitung des Corona-Virus hält die Welt im Atem. Das Herunterfahren wirtschaftlicher Aktivitäten, die Schließung von Gaststätten und Einzelhandelsgeschäften (Shutdown) sowie das Verbot von Massen- und Gruppenveranstaltungen, Abstandsvorschriften und die Pflicht, Schutzmasken zu tragen, haben das alltägliche Leben grundlegend verändert und damit eine neue gesellschaftliche Realität geschaffen. In einer Reihe von Ländern ist es mit solchen Zwangsmaßnahmen gelungen, eine rasche Ausbreitung des Virus und damit eine Überforderung der Gesundheitssysteme zu verhindern. Die Pandemie hat uns aber auch die neue Erkenntnis vermittelt, wie anfällig unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem gegenüber Störungen ist. Die Pandemie hat zusätzlich auch drastisch vor Augen geführt, dass in Deutschland und Europa ein „Weiter so“ als Devise nicht mehr trag- und zukunftsfähig ist, weil selbst kleine Störungen zu einem Kollaps von Wirtschaftssystemen führen können. Die grundlegenden Schwachstellen unseres Wirtschaftssystems können durch das Verschieben von Problemen in die Zukunft und die Aufnahme immer neuer Schulden nicht behoben werden. Künftige, möglicherweise noch gravierendere Krisen können nur vermieden werden, wenn die deutlich sichtbar gewordenen grundlegenden Probleme der Störanfälligkeit des deutschen/europäischen Wirtschaftssystems konsequent wahrgenommen und angegangen werden.

Keine Rückkehr zu alten Verhältnissen / Innovationsaufgabe nicht geschafft

Bisher hat sich mit etwa 27 Millionen lediglich ein geringer Prozentsatz von

unter 0,4 % der Weltbevölkerung mit dem Corona-Virus infiziert. Da eine Ausbreitung des Corona-Virus auch weiterhin verhindert werden muss, müssen verordnete Zwangsmaßnahmen bestehen bleiben.

Wegen der deutlich verminderten Nachfrage unserer Handelspartner in Folge der heruntergefahrenen Industrieproduktion in den meisten Industrienationen ist mit einer Rückkehr zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen vor der Pandemie nicht zu rechnen. Der „shut down“ bei vielen unserer Handelspartner hat zu einer deutlich verminderten Nachfrage nach Industriegütern geführt, was zu einem drastischen Rückgang der Exportaufträge zeigte. Da bisher das Bruttosozialprodukt und damit der Lebensstandard speziell in Deutschland zu ca. 50% vom Export abhängen, führt eine Abnahme des Bruttosozialprodukts speziell für Deutschland als Exportnation zu ernstesten Problemen. Um auch der nächsten Generation in Deutschland und Europa auf hohem Niveau eine lebenswerte Zukunft zu sichern, müssen wir uns schnellstens und vorrangig mit Fragen der Abhängigkeiten und Störanfälligkeit unseres Wirtschaftssystems und dessen Stabilisierung sowie der Erarbeitung zukunftsfähiger ökonomischer und ökologischer Innovationen befassen.

Bisherige Erfahrungen aus der Pandemie haben die Erkenntnis vermittelt, dass die Wirtschaft kein Selbstläufer ist, da selbst kleinste Störungen durch Pandemien Weltwirtschaftssysteme zum Absturz bringen können. Kleine Länder mit geringer Autonomie sind dabei von den Folgen eines Absturzes ihrer Wirtschaft besonders betroffen. Im Zusammenhang mit diesen Erkenntnissen ist daher für Europa die Frage zu stellen wie eine stärkere Autonomie Europas zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken USA und China erreicht werden kann.

Alle Erfahrungen belegen, dass internationale Wettbewerbsfähigkeit und ein immerwährender Strukturwandel nur durch technische - vielfach auch nur durch disruptive technische Innovationen möglich sind, bei denen „alte Wirtschaftsgüter“ durch neue technische Lösungen nicht nur verbessert, sondern vollkommen abgelöst werden. Die Automobilindustrie in Deutschland mit 830.000 Beschäftigten (ohne die Beschäftigten der Zulieferindustrie) befindet sich, derzeit befeuert durch die Forderung der Politik nach Elektromobilität, in einem solchen Wandlungsprozess. Leider fehlen hierzu wesentliche Grundvoraussetzungen, wie z.B. ein engmaschiges Netz von Ladestationen, eine auf eigenen Schutzrechten basierende Batterieproduktion und flächendeckende Hochgeschwindigkeitsnetze für ein autonomes Fahren. Die deutsche und europäische Automobilindustrie haben die Geschwindigkeit des Wandels falsch eingeschätzt und sich viel zu spät mit alternativen Mobilitätskonzepten und motorischen Antriebsalternativen auseinandergesetzt. Nur so ist es zu verstehen, dass Tesla vor den Toren Berlins ein Automobilwerk mit einer geplanten Produktion von einer Millionen Elektroautos pro Jahr aufbauen darf, durch die der europäische Binnenmarkt erschlossen werden soll.

Damit bisherige Versäumnisse korrigiert und technische Kompetenz sowie wirtschaftliche Stärke in Europa im Mobilitätsbereich - aber auch in einer Reihe anderer Bereiche - wieder zurückgewonnen werden kann, ist eine gemeinschaftliche europäische Innovationsoffensive erforderlich, die insbesondere auch mittelständische Zulieferbetriebe einbeziehen muss. Erfahrungen mit dem Strukturwandel im Ruhrgebiet aus den letzten 50 Jahren zeigen, dass ein erfolgreicher Strukturwandel nur auf Basis grundle-

gender breiter technischer Systeminnovationen auf vielen Ebenen möglich ist.

Ein solcher Wandel braucht allerdings „seine Zeit“ und muss ganzheitlich (systemisch) geplant werden. In Harmonie erstarrte Strukturen lassen sich daher nicht durch kurzfristige politische Interventionen oder durch kleine Produktverbesserungen (Perfektionen) erreichen.

Das Ende „grenzenloser“ Globalisierung

Mit „Amerika first“ und der verschärften Zollpolitik der USA durch die Trump-Regierung wurde de facto das Ende eines durch die Welthandelsorganisation festgelegten weltweit offenen Warenaustausches eingeleitet. Die Zielsetzung der Trump'schen Politik besteht darin, einen höheren Grad von Autonomie für die USA zurückzugewinnen, indem verlorene Arbeitsplätze wieder ins eigene Land zurückgeholt und bisher vom Ausland bezogene Produkte wieder selbst hergestellt werden sollen. Hierbei wird bewusst ein Handelskrieg mit bisherigen Handelspartnern in Kauf und auch keine Rücksicht auf WHO-Regularien genommen. Europa ist wegen seines großen einheitlichen Binnenabsatzmarktes mit hoher Kaufkraft für die USA sehr wichtig und bisher (noch) nicht von einem Handelskrieg und hohen Einfuhrzöllen durch die USA betroffen, allerdings bereits mit Sanktionen in einigen Bereichen belegt.

Das große Interesse Chinas am Absatzmarkt Europa und dessen geopolitische Zielsetzungen zeigen sich im konsequenten Aufbau der Seidenstraße mit deren Endpunkt in Duisburg. Europa, das technologisch wichtige Kernbereiche der Wirtschaft verloren hat, ist in der Gefahr, mit massiven Lieferungen aus China und den USA nur noch als Absatzmarkt mit deutlich verminderter Autonomie wahrgenommen zu werden.

Auch die rechtswidrigen exterritorialen Sanktionen der Vereinigten Staaten im Fall der Gaspipeline „Nord Stream 2“ belegen wie erbittert und mit welchen politischen Mitteln von Trump um Absatzmärkte in Europa mit eigenem Flüssiggas aus den USA gerungen wird.

Die während der ersten Ausbruchphase der Pandemie verzögerten bzw. ausgefallenen Lieferungen von lebenswichtigen Komponenten im Gesundheitsbereich haben schmerzlich die Gefahren der Abhängigkeiten von ausländischen Produkten und damit bereits die Begrenztheit der deutsch/europäischen Autonomie gezeigt. Die Pandemie hat damit bereits einen Prozess des Umdenkens eingeleitet! Es wurde erkannt, dass man lebenswichtige Produkte, wie Arzneien und Impfstoffe oder für den Produktionsablauf notwendige Zulieferprodukte wieder in Deutschland/Europa herstellen muss. Die europäische Politik ist aufgefordert, Strukturwandel-bezogene Prozesse durch ei-

ne nachhaltige Förderungspolitik zu unterstützen und damit einen notwendigen Beitrag zur Erhöhung der Autonomie Europas zu leisten.

Zielsetzung muss dabei vorrangig sein neben den Wirtschaftsblöcken Amerika und Asien, schnellstmöglich einen weitgehend autonomen Wirtschaftsraum Europa zu schaffen, der in sich stabil ist und dessen Abhängigkeit von äußeren Störungen auf ein Minimum reduziert werden kann.

Gesellschaftliche Entwicklungen

Zur Eindämmung der Ausbreitung des Corona-Virus werden sowohl präventive gesellschaftliche Zwangsmaßnahmen, wie z.B. Maskenpflicht, Abstandsvorschriften, Versammlungsverbote, als auch Erfassungsmethoden zur raschen Verfolgung von Infektionsketten eingesetzt. Die konsequente Überwachung vorgeschriebener Zwangsmaßnahmen und eine flächendeckende Erfassung von persönlichen oder geschäftlichen Kontakten sind Charakteristika von Überwachungsstaaten. Die Erfolge einer unterschiedlichen Behandlung der Pandemie in der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten beziehen sich nicht nur auf die eigentliche Pandemie selbst, sondern offenbaren auch einen Wettstreit um die Vorherrschaft unterschiedlicher Gesellschaftssysteme. Hierbei hat sich gezeigt, dass in autoritären Systemen mit rigorosen Zwangsmaßnahmen